

BERLIN  
Dienstag  
16. Februar  
1932

# Der Arbeiter

10 Pf.  
Nr. 78  
B 39  
49. Jahrgang

Erscheint täglich außer Sonntagen.  
Zugleich Wochenausgabe des „Vorwärts“ Bezugspreis für  
beide Ausgaben 75 Pf. pro Woche, 3,25 Mk. pro Monat  
(einen 27 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus  
wäher. Volksbezug 3,97 Mk. einschließlich 60 Pf. Postgebühren  
und 72 Pf. Postbestellgebühren.

Spätausgabe des „Vorwärts“

Kreuzpreis: Die einbändige Wochenausgabe 30 Pf.  
Reklameweile 2.-M. Ermäßigungen nach Tarif. Postbestellgebühren:  
Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin Nr. 37 5/6. - Der Verlag  
behält sich das Recht der Abrechnung nicht genehmiger Bestellungen vor!  
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Bestellnummer: Dinstoff (A 7) 292-297

## Harzburger Einheit fracht!

### Drei Harzburger Kandidaten: Hitler, Hugenberg, Duesterberg?

Nationalsozialisten und Deutschnationale verhandeln heute weiter über die Frage, was sie nun tun sollen. Hitler fordert, daß Hugenberg und Duesterberg vor ihm kuschen, die trauen ihm nicht, und so steuern sie gleich auf drei Kandidaten los: Hitler u n d Hugenberg u n d Duesterberg.

Hitler hat sich inzwischen intim mit Herrn Schacht gemacht, und Herr Schacht soll sich seitdem der Hoffnung hingeben, daß auch er als Harzburger Präsidentschaftskandidat in Betracht kommen könnte.

Die Nationalsozialisten haben im „Völkischen Beobachter“ den Feldzug gegen Hindenburg eröffnet. Ihre Parole heißt: Hindenburgs Ende. Hitler selbst erklärt eine Kundgebung für sich gegen Hindenburg. Er spricht ihn als Kandidaten „der sich in hoffnungsloser Minderheit befindlichen Parteien der schwarzen Koalition“ an und schließt großmäulig:

„Die Stunde der Auseinandersetzung mit den Novembermännern ist damit gekommen. Wir bedauern, daß der Generalfeldmarschall von Hindenburg sich bewegen ließ, seinen Namen in diesem Kampfe zu verbrauchen zu lassen.“

Der ganze Haß, den die Faschisten bisher gegen alle Nichtfaschisten verspricht haben, wird nun auch auf Hindenburg abgeladen werden! Die enttäuschten Bußfaschisten, die schon vor sieben Jahren von ihm den Staatsstreich erwarteten, wollen nun ihre Enttäuschung abladen. Voran geht dabei das Organ der Alldeutschen, die „Deutsche Zeitung“. Die hat es schon immer gewußt und immer gesagt:

„Als auf dem Alldeutschen Verbandstag in Plauen am 9. September 1928 Justizrat Glack scharf gegen den Reichspräsidenten von Hindenburg Stellung nahm und der Enttäuschung Ausdruck gab, weil die Hoffnungen, die man auf ihn gesetzt hatte, nicht in Erfüllung gegangen sind, da heute derselbe Teil der Presse auf, der heute geschlossen für eine Wiederwahl Hindenburgs eintritt. Als dieser dann am 13. März 1930 den Young-Plan unterschrieb, da nahm die „Deutsche Zeitung“ Abschied vom Sieger von Tannenberg. Was wir damals schrieben, das muß heute, ohne daß man auf Einzelheiten einzugehen braucht, erneut festgestellt werden: „Der Reichspräsident ist restlos der Mann jener politischen Gruppe geworden, die zu Bismarcks Zeiten als der Bund der Windhose, Richter, Güttenberger an der Schwächung des jungen Reiches arbeiteten, deren kleinere Nachfolger im Kriege das Vaterland zum Untergang trieben, die jetzt — einerlei mit welchen Beweggründen immer, die bei den einzelnen verschieden sind — den Weg zu Deutschlands Auferstehung verbauen.“ So hat der Reichspräsident den Schach an Vertrauen restlos verloren, mit dem die nationalen Gruppen ihm einst ihre Stimmen gaben.“

Schon im November 1918 haben die Leute von der „Deutschen Zeitung“ mit Mißtrauen auf Hindenburg geblickt:

„Als es damals um die Erhaltung der Monarchie und den Uebertritt des Kaisers nach Holland ging, da hat Hindenburg das erforderliche Wort nicht gefunden, er hat vielmehr nach seinem eigenen Zeugnis dem Kaiser den Uebertritt nach Holland geraten. Wie dieser damals das Opfer seiner Umgebung geworden ist, so wird Hindenburg heute das Opfer der seinigen, in erster Linie seines Staatssekretärs Dr. Meißner.“

Da sieht man nicht nur, wie sie über ihn denken, sondern auch was sie wollen! Wenn er Hugenberg zum Reichskanzler gemacht hätte, so würden sie heute Hoffmann rufen und nicht Kreuzige!

#### Rahenjammer bei Hugenberg.

In der „Pommerschen Tagespost“ wird die Harzburger Front preisgegeben:

„Auf der anderen Seite scheinen, wie wir offen gestehen wollen, geringe Aussichten dafür vorhanden zu sein, daß sich die Rechte auf einen gemeinsamen Kandidaten einigt. Offenbar haben die Nationalsozialisten die feste Absicht, ihren Führer Hitler als Präsidentschaftskandidaten aufzustellen. Bei den Deutschnationalen und beim Stahlhelm scheint wenig Neigung dafür vorhanden zu sein, eine solche Kandidatur mitzumachen.

Wir wissen nicht, ob es noch gelingen wird, die Harzburger Gruppen auf einen gemeinsamen Kandidaten zu einigen. Eine Wahl Hindenburgs im ersten Wahlgang halten wir auf alle Fälle für

## Polizei im Dritten Reich

Laß dich hauen — oder du bist entlassen!

Braunschweig, 16. Februar. (Eigenbericht.)

Minister Klages hat den Polizeiwachtmeister Schuch fristlos entlassen, weil er sich am Tage des Reichstreffens der SA. in Braunschweig gegen anstürmende Nationalsozialisten zur Wehr gesetzt hatte. In der Begründung der Entlassung heißt es wörtlich: „Sie waren am 18. Oktober 1931 aus Anlaß des Treffens der NSDAP. mit mehreren anderen Polizeiwachtmeistern als Posten an der Ecke Asterhof-Friesenstraße eingeteilt. Wie die vernommenen Zeugen bekunden, hatte dieser Posten den ausdrücklichen Auftrag, aufzufassen, daß keine Nationalsozialisten von Kommunisten überfallen wurden... Sie haben gegen diese selbstverständliche und elementare Pflicht in völliger Verleumdung Ihrer Aufgabe, dem Tagesbefehl entsprechend die Nationalsozialisten zu schützen, verstoßen und sich infolge Ihrer Unbeherrschtheit zur blutigen Mißhandlung eines der Angegriffenen hinreihen lassen.“

Der Polizeiwachtmeister stand mit anderen Polizeibeamten gegenüber dem „Volksfreund“-Gebäude, um zu verhindern, daß Nationalsozialisten in die enge, von Arbeitern bewohnte Friesenstraße hineingehen. Ein Lastkraftwagen der Nazis, ein sogenanntes Ueberfallkommando, jagte trotzdem in die

Straße hinein. Der Polizeibeamte mußte zurückspringen, um nicht überfahren zu werden. Bei der dann in der Mitte der Straße entstandenen Schlägerei zwischen Arbeitern und Nationalsozialisten mußte sich der Polizeibeamte gegen neu heranströmende Nationalsozialisten mit dem Säbel wehren. Klages konstruiert aus diesem Vorfall ein Vergehen des Polizeibeamten, dem von allen Vorgesetzten ein glänzendes Zeugnis ausgestellt wird. Das ist ein neuer Beitrag für die Zermürbungstatistik des nationalsozialistischen Polizeiministers. Klages will die Braunschweiger Polizei einschüchtern und kampfunfähig machen.

#### Nazi-Niederlage bei Studentenwahlen.

Bei den Wahlen zum Allgemeinen Studentenauswahl (ASto) an der Technischen Hochschule in Braunschweig erhielten die Nationalsozialisten 338 Stimmen, während die Korporationen 353 und die Sozialisten 89 Stimmen erhielten. Die Nationalsozialisten hofften in Braunschweig die Mehrheit aller Stimmen auf sich vereinigen zu können. Das ist nicht gelungen. Sie haben nicht einmal die Stimmenzahl der Korporationen erreicht.

umwahrrscheinlich. Bis zum zweiten Wahlgang dagegen ist es möglich, daß wir noch allerlei Ueberraschungen erleben. Die vorige Präsidentschaftswahl hat in dieser Beziehung doch ein ganz aufführendes Beispiel gegeben.“

Sie sitzen am Grabe der Harzburger Front und weinen, und weil ihnen nichts rettendes mehr einfällt, träumen sie von einem großen Wunder zwischen dem ersten und dem zweiten Wahlgang!

### Rat appelliert an Japan allein.

Stellt die Feindseligkeiten ein!

Genf, 16. Februar. (Eigenbericht.)

Der Zwölfer-Ausschuß des Völkerbundesrates (d. h. der Rat ohne Japan und China) hat in seiner heutigen Vormittags-sitzung beschlossen, heute nachmittag in der öffentlichen Ratssitzung durch den Rat den dringenden Appell an Japan allein zu richten mit der Mahnung, die Feindseligkeiten sofort einzustellen und ebenso jede Vorbereitung auf neues Vorgehen gegen die chinesischen Truppen.

In der Sitzung selbst hat Paul Boncour dem Zwölfer-Ausschuß Kenntnis gegeben von einem ausführlichen Brief des englischen Außenministers Sir John Simon, in dem mitgeteilt wird, daß alle Schritte zur gütlichen Regelung bisher an dem Widerstand Japans gescheitert seien. Die Beschlußfassung über die Einberufung der Vollversammlung erfolgt wahrscheinlich erst am Donnerstag dieser Woche. Vor der Nachmittags-sitzung des Rates versammelt sich der Zwölfer-Ausschuß nochmals.

#### Immer neue Vorschläge.

Die Generaldebatte der Abrüstungskonferenz wurde doch noch durch einige neue Anregungen belebt. Nach der holländischen Forderung auf Verbot der Treibminen schlug heute der argentinische Hauptdelegierte Bosch vor, die Staaten, die nicht Unterzeichner der Flottenabkommen von Washington und London seien, sollten Verträge eingehen, daß sie keine Kriegsschiffe über 10 000 Tonnen bauen oder kaufen. Ferner müsse von der Konferenz eine klare Definition der Kriegskontanterbande aufgestellt werden, wobei Nahrungsmittel von diesem Begriff ausgenommen werden müßten. Im übrigen stimmte Bosch den bekannten Gedankengängen des Verbots der Angriffswaffen und chemischen Kriegsmittel, sowie der Kontrolle dieses Verbots bei.

Marinkowitsch-Jugoslawien stellte die französische Sicherheitskese über jede Bereitschaft zur Rüstungsbeschränkung.

Motta-Schweiz unterstützt die schon mehrfach als Kompromißgrundlage genannten Begrenzungen und Verbote, während er die Idee einer internationalen Armee als utopisch bezeichnet, solange wichtige Großmächte noch außerhalb des Völkerbundes stünden.

### USA: Chiffrierschlüssel gestohlen?

Einbruch bei der amerikanischen Abrüstungsdelegation.

Genf, 16. Februar.

Wie erst jetzt bekannt wird, ist in der Nacht vom 2. auf den 3. Februar ein schwerer Einbruch diebstahl bei der amerikanischen Abordnung im Hotel „Des Bergues“ verübt worden. Nach den bisherigen polizeilichen Ermittlungen sind drei bisher noch nicht festgestellte Personen in das Büro der Abordnung eingedrungen. Die verschlossene Aktentasche des amerikanischen Senators Swanson ist mit einem Messer geöffnet worden. Mit dem Geheimschlüssel ist sodann der Aktenschrank geöffnet und zahlreiche Dokumente sind gestohlen worden. Von amerikanischer Seite verlautet, daß zwar wichtige politische Schriftstücke nicht gestohlen seien, jedoch der Chiffrierschlüssel fehlte. Die Ermittlungen der Genfer Polizeibehörden sind bisher streng geheim gehalten worden, so daß die Tatsache des Einbruchs erst jetzt bekannt wird. Es ist bisher noch nicht gelungen, die Urheber des Einbruchs zu ermitteln.

### Strafloser Mord!

Ein SA-Führer freigesprochen.

Darmstadt, 16. Februar. (Eigenbericht.)

Der SA-Führer Stier, der am 16. Juli vorigen Jahres vor dem Arbeitsamt Groß-Berau zwei Kommunisten erschossen hatte, wurde in diesen beiden Fällen freigesprochen. Wegen jahrlängiger Körperverletzung eines dritten Kommunisten und Vergehens gegen das Schusswaffengesetz erhielt er acht Monate Gefängnis, worauf 6½ Monate der Untersuchungshaft angerechnet wurden. Der mitangeklagte Nationalsozialist Sperling, dem die Schusswaffe gehörte, erhielt drei Monate Gefängnis.

### Vom Generalstreik in Spanien.

Der Radikalismus besorgt die Geschäfte der Reaktion.

Der Charakter dieses „Generalstreiks“ ergibt sich aus den Mitteln, mit denen dieser Streik gegen die spanische Republik zu führen versucht wird. Mit Bomben werden Eisenbahntrecken, Straßenbahngeleise und Straßenbahnwagen beschädigt. In Madrid wurde ein Straßenbahnwagen mit Petroleum übergossen und in Brand gesteckt. Auch Kanalisationsanlagen wurden in Sevilla mit Bomben bearbeitet. In Tarrasa wurde die Gendarmenkefeme umzingelt und dergleichen Scherze mehr versucht.

Mit gewerkschaftlichem Kampf gegen das Unternehmertum hat die seit Monaten inszenierte wilde Streikbewegung nichts zu tun. Es sind politische Streiks gegen die Regierung, die nur der Reaktion dienen und nützen.









